

# DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

SITZUNGSPERIODE 2007-2008

Nr. 7

## Ausführlicher Bericht

6. Dezember 2007

DER PRÄSIDENT.- Herr Minister Paasch hat das Wort.

HERR PAASCH, Minister.- Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Ich habe mich vorgestern wirklich sehr über die breite Zustimmung aller Fraktionen zu diesem Unterrichtshaushalt gefreut. In meinen Augen gibt es für diese Zustimmung viele gute Gründe. Der

- 184 - Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft

Unterrichtshaushalt wird in dieser Legislaturperiode um sage und schreibe 12,6 Millionen EUR rekurrent erhöht. Das ist eine Erhöhung um mehr als eine halbe Milliarde alter belgischer Franken nur in den laufenden Ausgaben, ohne die Infrastruktur berücksichtigt zu haben - eine Erhöhung um 17,2%. Es ist der eindrucksvolle Beweis dafür, dass diese Regierung der Bildungspolitik, der Ausbildung von Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen eine beinahe uneingeschränkte Priorität beimisst.

Da ist die Frage natürlich berechtigt, was wir mit den vielen zusätzlichen Mitteln so alles machen. Frau Creutz hat zu Recht darauf hingewiesen, dass das Stundenkapital in allen Netzen und auf allen Schulebenen erhöht wird. Das heißt schlicht und ergreifend, dass wir im Verhältnis zur Schülerzahl zusätzliche Lehrpersonen einstellen und damit einen wichtigen Beitrag zu vernünftigen Klassengrößen leisten.

Es stimmt auch, wie mehrere Redner unterstrichen haben, dass wir den Lehrerberuf aufwerten möchten, sowohl in Worten als auch in Taten, sowohl gesellschaftlich als auch finanziell. Es stimmt, die Einstiegsgehälter werden um 10% erhöht. Es stimmt auch, dass wir mit diesem Geld eine umfassende Barema-Reform durchführen, die zu vielfachen Gehaltserhöhungen, aber auch zu einem ganz entscheidenden Abbau von Bürokratie führen wird.

Kollege Schröder hat zu Recht darauf hingewiesen, dass mit dieser Barema-Reform zudem Gerechtigkeit zwischen den einzelnen Schulformen, dem berufsbildenden, dem technischen und dem allgemein bildenden Unterricht, geschaffen wird.

Wir werden außerdem ein neues, innovatives Modell der Altersteilzeit nach skandinavischem Vorbild einführen und gleichzeitig für eine korrekte Bezahlung der Zeitweiligen am Monatsende sorgen. Das heißt konkret für 40% aller in der Gemeinschaft beschäftigten Lehrpersonen, ein doppeltes Monatsgehalt im Januar 2009.

Die Kollegen Strougmayr und Schröder haben zu Recht darauf hingewiesen, dass die Bezahlung von Zeitweiligen am Monatsende keine Erfindung der CSP ist, auch wenn Frau Creutz ein bisschen so zu tun versucht hat. Frau Creutz, Sie wissen, dass diese Maßnahme schon seit Beginn dieser Legislaturperiode im Maßnahmenkatalog der Regierung steht und dass es nur einen einzigen Grund dafür gibt, diese Maßnahme nicht bereits letztes Jahr getroffen zu haben. Wir wollten nämlich diese sinnvolle Maßnahme mit einer weiteren, wahrscheinlich noch sinnvolleren Maßnahme zugunsten der Zeitweiligen kombinieren, und zwar mit der Einführung von unbefristeten Bezeichnungen für die im Vorrang beschäftigten zeitweiligen Personalmitglieder. Diese Kombination zweier Maßnahmen zugunsten der zeitweilig Beschäftigten ist in unseren Augen sinnvoll gewesen und bedeutet für die Lehrpersonen eine reale Aufwertung, weil Planungssicherheit entsteht und Verwaltungsaufwand abgebaut werden kann.

Diese Maßnahmen zur Aufwertung des Lehrerberufs kosten uns 2 Millionen EUR - eine stattliche Summe. Davon sind 1,5 Millionen EUR rekurrent, und 65% dieser 2 Millionen EUR werden noch in dieser Legislaturperiode ausgegeben. Es mag sein, dass die Aufwertung des Lehrerberufes in der Öffentlichkeit an der einen oder anderen Stelle umstritten ist. Aber für mich steht zweifelsfrei fest, wir können die besten Rahmenbedingungen schaffen, wir können die tollsten Reformen durchführen, wir können auch die besten Reden halten, solange, bis wir vom Rednerpult kippen: Die eigentliche Arbeit vor Ort, die eigentliche Arbeit in den Klassen selbst leisten nicht wir Politiker, sondern die 2.200 Beschäftigten in unseren Schulen! Wenn wir guten Unterricht wollen, dann müssen wir in diese Menschen, dann müssen wir in die Schulgemeinschaften investieren!

In diesem Zusammenhang freuen mich zwei Dinge ganz besonders. Zunächst die Zustimmung der beiden großen Gewerkschaften. Ich denke, das ist ein wichtiger Beweis für einen gut funktionierenden Sozialdialog in unserer Gemeinschaft. Zweitens, wie Sie es sicherlich in der Presse gelesen haben, schauen mittlerweile auch andere, viel größere Gebietskörperschaften auf die kleine Deutschsprachige Gemeinschaft. Nordrhein-Westfalen interessiert sich beispielsweise für unser Altersteilzeitmodell. Die

Ausführlicher Bericht – Plenarsitzung vom 6. Dezember 2007 - 185 -

Gewerkschaften in der Französischen Gemeinschaft empfehlen ihrer Regierung unser Modell der Erhöhung von Einstiegsgehältern. Sowohl die französischsprachigen als auch die flämischen Bildungspolitiker unseres Landes interessieren sich sehr für die radikale Barema-Reform, die wir in unserer Gemeinschaft durchführen. Man fragt sich, wie es gelingen kann, die Anzahl der Baremen von 122 in einem Mal auf 4 zu reduzieren.

Kolleginnen und Kollegen, ist es nicht genau das, was wir wollen? Die Instrumente unserer Autonomie, die Kleinheit unserer Gemeinschaft nutzen, um einerseits maßgeschneiderte Lösungen für unsere Probleme zu finden und andererseits aber auch dort, wo es möglich ist, eine Modellregion zu sein, in aller Bescheidenheit, aber auch mit dem notwendigen Selbstbewusstsein. Ich denke, das ist der richtige strategische Weg für unsere Gemeinschaft. Wir brauchen natürlich nicht nur motivierte, korrekt bezahlte, in ausreichender Anzahl vorhandene Lehrpersonen. Wir brauchen auch und vor allem kompetente Lehrpersonen. Deshalb ist es richtig, gezielt in die Erstausbildung und Weiterbildung von Lehrpersonen zu investieren. Deshalb ist es in meinen Augen auch gerechtfertigt, dass wir das Weiterbildungsbudget für Lehrpersonen drastisch erhöhen. Deshalb ist es auch richtig, dass wir gleichzeitig die 2005 begonnene Hochschulreform konsequent weiter entwickeln mit qualitätssichernden Aufnahmeprüfungen, mit neuen Pflichtfächern wie Heilpädagogik, mit einer verbesserten Fremdsprachenlehrausbildung, um nur einige Beispiele zu nennen. Gleichzeitig werden wir die Autonome Hochschule konsequent in den europäischen Hochschulraum integrieren und die Vorgaben von Bologna umsetzen. Denn unsere Gemeinschaft ist keine Insel und die Hochschule in der Gemeinschaft auch nicht. All das wird nach meiner festen Überzeugung dazu führen, dass wir, wie in der Regierungserklärung „Wege in die Zukunft“ angedeutet, die Ausbildungszeit an der Hochschule verlängern müssen, wenn wir gleichzeitig wollen, dass auch noch Zeit für Praktika, Auslandsaufenthalte und Projektarbeiten bleibt.

Kollege Dr. Meyer scheint in diesem Zusammenhang, ich würde sagen, etwa drei Jahre der Unterrichtspolitik verpasst oder verschlafen zu haben.

HERR LAMBERTZ, Ministerpräsident.- Verträumt!

HERR PAASCH, Minister.- Es stimmt, Kollege Dr. Meyer, es hat einmal drei Direktoren im Hochschulwesen der Gemeinschaft gegeben – das war vor 2005, als es noch drei Hochschulen gab. Aber wie Sie eigentlich wissen müssten, haben wir 2005 sinnvollerweise diese drei Einheiten zusammengelegt, und seitdem gibt es nachweislich nur noch einen einzigen Direktor, den Sie auch kennen, nämlich Herrn Stephan Boemer.

HERR DR. J. MEYER (*aus dem Saal*).- Aber zwei Unterdirektoren! Das ist doch Wortspielerei!

HERR PAASCH, Minister.- Es gibt keine Unterdirektoren in der Hochschule, es gibt lediglich zwei Fachbereichsleiter für zwei völlig unterschiedliche Fachbereiche, zum einen die Bildungswissenschaften und zum anderen die Krankenpflegewissenschaften. ... (*Zwischenruf*) ... Diese beiden Fachbereiche sind so unterschiedlich, dass wir immer und ewig zwei Fachbereichsleiter für diese Hochschule brauchen werden. Kollege Dr. Meyer, ich bin sehr erstaunt, dass Sie das heute in Frage stellen. Schauen Sie doch einmal, wer so

alles dem Dekret vom 26. Juni 2005, in dem diese Struktur der Hochschule geschaffen wurde, zugestimmt hat. Sie werden dabei Ihren eigenen Namen finden! Sie haben diesem Dekret damals ausdrücklich zugestimmt, und insofern ist diese Kritik heute nicht nachvollziehbar.

HERR DR. J. MEYER (*aus dem Saal*).- Man kann seine Meinung ändern, wenn man zu anderen Einsichten kommt. Es wäre schade in der Politik, wenn das nicht mehr möglich sein darf!

HERR PAASCH, Minister.- Diese Einsichten innerhalb von zwei Jahren sind sicherlich interessant, Herr Dr. Meyer, aber für mich ist entscheidend, dass es dafür keine seriöse, objektive Grundlage gibt!

HERR LAMBERTZ, Ministerpräsident.- Sie sind nicht nobelpreiswürdig!

- 186 - Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft

HERR PAASCH, Minister.- Kolleginnen und Kollegen, die Investitionen in die Kompetenz und in die Motivation von Lehrpersonen sind unabdingbar, aber sie reichen natürlich nicht aus. Wir müssen gleichzeitig die dienstrechtlichen und organisatorischen Rahmenbedingungen in unseren Schulen verbessern. Dabei müssen wir auf allen Ebenen auf Qualität achten. Die von uns beschlossene Dienstrechtsreform wird dazu führen, dass in Zukunft nicht nur mehr das Dienstalter, sondern vor allem auch qualitative Kriterien über die Einstellung und über die Verbeamtung von Lehrpersonen entscheiden werden.

Die Organisationsstruktur wird ebenfalls durch ein neues Auswahlverfahren für Schulleitungen verbessert, und ich füge hinzu, was bereits in der Regierungserklärung „Wege in die Zukunft“ steht: Wir werden auch über das Hochschulwesen hinaus, Kollege Dr. Meyer, im Sekundarschulwesen und wahrscheinlich sogar noch darüber hinaus ein vernünftiges Mittelmanagement brauchen, weil alle wissenschaftlichen Studien eindeutig nachweisen, dass es heutzutage sehr und entscheidend auch auf die Führung, die Leitung und die Entwicklung einer Schule ankommt. Außerdem brauchen wir klare Zielvorgaben für unsere Schulen. Auch in diesen pädagogischen Reformprozess müssen wir investieren. Die Kollegen Strougmayer und Palm haben zu Recht darauf hingewiesen, dass wir präzise, verbindliche, netzübergreifende Bildungsstandards für alle Schulen in der Deutschsprachigen Gemeinschaft brauchen, um mehr soziale Chancengerechtigkeit zu erreichen, um die selektiv wirkenden Schnittstellen zwischen dem Kindergarten und der Primarschule und später dann noch einmal zwischen der Primarschule und der Sekundarschule überwinden zu können und auch um den Grundstein für eine gemeinsame Grundausbildung aller Kinder bis zum 14. Lebensjahr nach skandinavischem Vorbild zu legen. All das muss auf einer wissenschaftlichen Grundlage geschehen. Das alles wird Gegenstand unseres Dekretes zur Festlegung von Kernkompetenzen und Rahmenplänen sein, das in wenigen Monaten im Parlament hinterlegt werden wird.

Kollege Servaty weist zu Recht auf die Bedeutung der Bürgerkunde, auf die Bedeutung der politischen Bildung hin. Ich freue mich, ihm sagen zu dürfen, dass mit diesen Rahmenplänen, mit diesen Bildungsstandards endlich auch die politische Bildung, die Bürgerkunde fächerübergreifend in allen Schulen der Deutschsprachigen Gemeinschaft ab September 2008, also schon ab dem nächsten Schuljahr eingeführt wird. Dabei wird auch gesellschaftspolitisch relevanten Themen wie der Nachhaltigkeit, der Umwelterziehung, dem Klimaschutz, dem Bürgersinn und den Menschenrechten die ihnen gebührende Aufmerksamkeit zuteil werden. Dies wird natürlich durch außerschulische Angebote beispielsweise der Bundeszentrale für politische Bildung, der Autonomen Hochschule, von Menschenrechtsorganisationen und beispielsweise UNICEF unterstützt.

Kollege Niessen, dabei ist für mich vollkommen klar: Die Schulen haben auch einen Erziehungsauftrag; die Vermittlung von sozialen Kompetenzen gehört unbedingt dazu. Kollege Strougmayr hat ebenfalls Recht: Dieses pädagogische Gesamtkonzept nach skandinavischem Vorbild muss schließlich in Schulbuchempfehlungen münden. Kolleginnen und Kollegen, wir müssen in allen Bereichen überprüfen, ob unsere Qualitätsansprüche auch tatsächlich erreicht werden. Kollege Niessen hat Recht: Wir brauchen ein Audit für jede Schule.

Er hatte auch Recht: Es sind bereits drei externe Evaluationen nach flämischem Vorbild durchgeführt worden; zwei weitere finden zurzeit statt. Diese externen Evaluationen müssen wir ausbauen, auf die Sekundarschulen ausdehnen und durch internationale Vergleichsuntersuchungen wie PISA, DELF und IGLU ergänzen. Dabei müssen wir uns dem internationalen Vergleich stellen und immer wieder unsere eigene Entwicklung hinterfragen. Gleichzeitig müssen wir einige Schwerpunktthemen, die für unsere Gemeinschaft von besonders großer strategischer Bedeutung sind, gezielt fördern. Dies gilt zum Beispiel für die Mehrsprachigkeit, die Sprachenkompetenz. Ich freue mich sehr, dass das von uns vorgelegte Konzept zur Förderung der Mehrsprachigkeit die grundsätzliche Zustimmung aller Fraktionen gefunden hat. Ich weiß aber auch, dass dieses Konzept ergänzt werden kann - nichts ist perfekt - beispielsweise im Bereich der Krankenpflegeausbildung an der Autonomen Hochschule, Frau Kollegin Creutz. Aber natürlich

Ausführlicher Bericht – Plenarsitzung vom 6. Dezember 2007 - 187 -

müssen wir uns dann auch die Frage stellen, welche Unterrichte wir denn streichen sollten, um Französisch noch besser zu fördern.

Dasselbe gilt für die berechtigte Forderung des Kollegen Schröder, mehr Wert auf Niederländisch in der Grundausbildung zu legen. Auch dort werden wir ganz pragmatisch überlegen müssen, welche Stunden wir denn andernorts streichen, um diesen Schwerpunkt festlegen zu können. Das alles sollten wir diskutieren.

Den Kollegen Palm und Schröder muss ich allerdings bei der Analyse der DELF-Studie ein wenig widersprechen. Die Ergebnisse auf Sekundarschulebene im Norden und Süden unserer Gemeinschaft waren durchaus ermutigend, aber Sie wissen auch, dass dies nicht für alle Ebenen galt. Ich glaube schon, dass die Studie dazu beigetragen hat, Vorurteile abzubauen. Ich denke aber auch, dass sie Handlungsbedarf aufweist.

Ein zweites Schwerpunktthema ist sicherlich der von vielen Rednern angesprochene Musikunterricht. Ich denke in der Tat, dass wir dringend die Musikakademie reformieren und nach Möglichkeit auch die Wartelisten abbauen müssen. In der Ausbildung muss sowohl auf die Breite als auch auf die Tiefe geachtet werden. Das sind wir sowohl der Akademie als auch den vielen ehrenamtlich tätigen Menschen in unseren Musikvereinen schuldig. Meine Kollegin Weykmans und ich selbst werden in den nächsten Monaten sehr intensiv an diesem Thema arbeiten.

Kolleginnen und Kollegen, zu den materiellen Rahmenbedingungen der Schulen gehört natürlich auch die Infrastruktur. Der Infrastrukturplan 2007-2009 zeigt überdeutlich: Wir werden in dieser Legislaturperiode die finanziellen Voraussetzungen dafür schaffen, die Schulgebäude in allen Netzen und auf allen Schulebenen in Ordnung zu bringen. Alle eingereichten Schulbauprojekte wurden in diesem Plan berücksichtigt. Das bedeutet, dass im Registrierungskatalog nur noch ein einziges Bauvorhaben übrig bleibt, für das aber noch kein Projekt eingereicht wurde. Ich sage Ihnen aber an dieser Stelle jetzt schon: Sobald dieses Projekt vorliegt, wird die Regierung es selbstverständlich nachträglich in den Plan aufnehmen.

Das, Kolleginnen und Kollegen, ist in der Geschichte unserer Gemeinschaft schon einzigartig: Alle Schulbauprojekte werden genehmigt, im Antragskatalog wird nichts, rein gar nichts mehr übrig bleiben. Wann und wo hat es so etwas schon einmal gegeben? Wir investieren in dieses Infrastrukturprogramm etwa 50 Millionen EUR. Wenn ich die gesamte

Legislaturperiode betrachte, dann macht der Schulbau in diesen Infrastrukturplänen sogar 68 Millionen EUR aus. Ganz entscheidend ist bei dieser Investition natürlich, dass sie finanziell nachhaltig und langfristig abgesichert ist. Aber wie Sie alle der Simulation der langfristigen Finanzplanung entnehmen können, ist das nun eindeutig und unzweifelhaft der Fall. Das soll uns, so behaupte ich an dieser Stelle, einmal einer nachmachen!

Übrigens, ohne unsere Autonomie, ohne eine präzise Kenntnis der Bedürfnisse vor Ort, ohne diese Prioritätensetzung einer, so behaupte ich wiederum, bürgernahen Regierung wäre so etwas ganz und gar unmöglich. Nehmen wir auch nur eine Sekunde an, Namur oder Brüssel wären für unsere Schulbauten zuständig. Ich sage Ihnen, unsere Schulen sähen ganz anders aus! Denn keine Gemeinschaft bezuschusst freie Schulen und Gemeindeschulen zu 80%. Das tun nur wir. Ohne diese 80% wären unsere Gemeinden nie und nimmer in der Lage gewesen, so viele Schulbauprojekte zu verwirklichen. Die Differenz von 20% zwischen den bei uns angewandten 80% und den anderswo üblichen 60% hat für die Gemeinden seit 2002 zu einer Entlastung in Höhe von 5,2 Millionen EUR geführt. Das sind 650.000 EUR pro Jahr, und das sind beispielsweise mehr als 80% der gesamten Straßenbaudotation. Da soll noch irgendjemand behaupten, die Gemeinden seien der Kreditgeber der Gemeinschaft! Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube, darauf dürfen wir stolz sein, denn diese 50 Millionen EUR sind die besten, die nachhaltigsten Investitionen, die wir in die Menschen und in die Zukunft unseres

- 188 - Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft

Standortes tätigen können. Sie zeigen, welche Bedeutung wir unseren Schulen beimessen. Sie sind ein Beleg dafür, dass wir unseren Unterrichtseinrichtungen eine große Wertschätzung entgegenbringen.

Natürlich, Kollege Niessen und Kollegin Creutz, müssen wir bei all dem den Klimaschutz berücksichtigen. Aber Kollege Niessen und noch mehr Kollegin Creutz, Sie wissen, dass Sie die Regierung gar nicht erst darauf hinweisen müssen. Ich denke, Sie haben erkannt, dass die Regierung selbst von der Bedeutung des Umwelt- und Klimaschutzes mehr als überzeugt ist. Sie kann es auch beweisen: Seit 2004 sind alleine in Energiesparmaßnahmen für Alt- und Neubauten im Schulbereich 3,4 Millionen EUR investiert worden. Ich frage Sie, Kollege Niessen, ganz konkret: Wann war das denn schon einmal in der Vergangenheit der Fall, dass eine Regierung 3,4 Millionen EUR innerhalb von nur drei Jahren allein für Energiesparmaßnahmen im Schulbau investiert hat? Davon 1 Million EUR ganz präzise in Altbauten und 2,4 Millionen EUR für Energiesparmaßnahmen in Neubauten.

Selbstverständlich gilt auch, dass wir bei den Investitionen in unseren Gemeinschaftsschulen hohe Energiestandards festlegen sollten. Das ist eine Querschnittsaufgabe, die wir sehr ernst nehmen, wie unter anderem aus der zurzeit durchgeführten Machbarkeitsuntersuchung sehr deutlich hervorgeht, wo diese Schwerpunkte ausdrücklich Berücksichtigung gefunden haben. Lassen Sie mich hinzufügen, dass unsere Schulmediotheken zu den materiellen Rahmenbedingungen zählen, denn außer Kanada, Finnland und Südtirol investiert keine mir bekannte bzw. statistisch erfasste Region soviel in die Ausstattung und Betreuung von Schulmediotheken wie die Deutschsprachige Gemeinschaft. Wir haben seit 2001 1,4 Millionen EUR in Schulmediotheken investiert und noch einmal jährliche Gehalts- und Funktionskosten von 600.000 EUR hinzugefügt. Das ist ein teurer Weg, aber es ist der richtige. Denn alle seriösen Studien weisen einen direkten Zusammenhang zwischen solchen Schulmediotheken und beispielsweise der Lesekompetenz oder auch der sozialen Chancengerechtigkeit nach. Ich glaube, dass die letzte PISA-Studie mit diesem Thema zu tun hat.

Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie mich schlussfolgern! Dass der Unterrichtshaushalt bei sinkenden Schülerzahlen um 12,6 Millionen EUR erhöht wurde, bedeutet natürlich eine drastische Erhöhung der Bildungsausgaben pro Schüler von 5.148 EUR im Jahre 2004 auf 6.237 EUR im Jahr 2009; das ist eine Erhöhung um 1.125 EUR pro Schüler und damit eine Erhöhung um 22%. Damit sind wir in den Bildungsausgaben auf dem Weg in die

Spitzengruppe Europas. Aber glücklicherweise zeigt die letzte PISA-Studie, dass dies nicht nur für die Ausgaben, sondern auch für die Leistung zu gelten scheint. Kollege Niessen, bei PISA steht nicht nur die Ausbildung zum Homo oeconomicus im Vordergrund. Bei PISA werden – und ich zitiere aus den Berichten der OECD selbst – „Kompetenzen und Grundeinstellungen abgefragt, die nach allgemeiner Auffassung das Fundament für weiteres Lernen und einen erfolgreichen Übergang ins Erwachsenenleben bilden.“

Natürlich soll überprüft werden, ob die Schüler auf dem Arbeitsmarkt bestehen können. Das ist ja auch nicht anrühlich, im Gegenteil. Gleichzeitig wird bei PISA auch immer hinterfragt, ob die getesteten Menschen über die notwendigen Fertigkeiten verfügen, um die Herausforderungen in der Gesellschaft im Alltag bewältigen zu können. Sie wissen, dass gerade PISA sehr viel Wert auf die Frage der sozialen Chancengerechtigkeit legt. Ich denke, dass Investitionen in Bildung Arbeitslosigkeit verhindern. Deshalb kann ich es mehr als nachvollziehen, dass beispielsweise ein Teil der Mittel der Wallonischen Region für Beschäftigung, die wir damals bekommen haben, nun schon seit einigen Jahren in die Bildung investiert werden. Ich denke, das ist der richtige präventive und vor allem auch der nachhaltigere Weg. Bildung kann helfen, Armut und Arbeitslosigkeit zu bekämpfen und ihnen vorzubeugen. Vieles von dem, was wir vor allem in den letzten Tagen gelesen und gehört haben, muss uns im Bildungswesen zuversichtlich stimmen. Aber es dürfte unstrittig sein, dass noch viel zu tun bleibt. Es gibt überhaupt keinen Grund, sich auf irgendwelchen Lorbeeren auszuruhen. Wenn wir eine Modellregion werden wollen, dann müssen wir das Gesamtkonzept in Gänze umsetzen. An der

Ausführlicher Bericht – Plenarsitzung vom 6. Dezember 2007 - 189 -

Regierungserklärung „Wege in die Zukunft“ erkennen wir, welche Wege uns in diese Zukunft einer Modellregion führen könnten.

Nun hat CSP-Präsident Mathieu Grosch kürzlich im *Grenz-Echo* die Strenge in den Finanzen, sozusagen einen Rotstift eingefordert. Ich persönlich denke, dass ein solcher Rotstift nicht notwendig ist, insbesondere nicht nach der bereits durchgeführten seriösen und ambitionierten Durchforstung aller Ausgaben und auch nicht angesichts der nachgewiesenen bedeutenden Handlungsspielräume für kommende Generationen. Denn wir haben den Bildungshaushalt nicht nur erhöht, wir haben ihn auch ganz gezielt durchforstet. Ich hoffe sehr, dass der CSP-Präsident mit dem Rotstift oder mit der Strenge nicht das Unterrichtswesen, nicht die Lehrpersonen, nicht die Schulgemeinschaften gemeint hat. Man kann nur hoffen, dass zum Beispiel die alternativ finanzierten Schulbauten in Raeren, in Hergenrath, in Amel, die Pater-Damian-Schule, das Technische Institut oder auch die Gemeinschaftsschulen von dieser Äußerung nicht betroffen sind und dass die alternativen Finanzierungen dieser Strenge nicht zum Opfer fallen. Aber vielleicht, Kolleginnen und Kollegen, hat er den von der Gemeinde Kelmis beantragten und ebenfalls alternativ finanzierten Fuhrpark in Kelmis gemeint. Aber darüber kann man nur spekulieren.

HERR LAMBERTZ, Ministerpräsident.- Das Rathaus in Eupen!

HERR PAASCH, Minister.- Ja, das wären dann schon 11 Millionen EUR! ... Kolleginnen und Kollegen, die nächste Regierung wird nachweisbar über bedeutende Handlungsspielräume verfügen. Ich hoffe sehr, dass die nächste Regierung der Bildung dieselbe Priorität beimessen wird wie die jetzige, denn unser Gesamtkonzept muss ganz und gar umgesetzt werden, und für die Bildung werden wir noch mehr Geld brauchen. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit!

(Applaus bei der PJU/PDB, PFF und SP)